

# Mefner-Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köfelen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köfelen.  
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köfelen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Klammertell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Hedra — Bankverein Artern.

Nr 106

Sonnabend, den 6. September 1930

43. Jahrgang

## Die Sitzung des Reichskabinetts.

Einmütige Zustimmung zu Brüning's Rede.

Berlin, 4. September

Ämtlich wird mitgeteilt: Ämtlich der honorarierenden Abreise der deutschen Delegation zur Genfer Weltwirtschaftskonferenz unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning eine Ausdrucksweise über die auf der Genfer Tagung zur Erörterung kommenden Fragen sowie die damit zusammenhängenden außenpolitischen Probleme. Die eingehende Ausdrucksweise führte zu einer wüßigen Leser-Einstimmung mit dem Vortrage des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius.

Der Reichskanzler stellte abschließend die einmütige Zustimmung des Reichskabinetts zu den Ausführungen seiner Trierer Rede fest, wonach Kanzler und Außenminister verfassungsmäßig für die Führung der Außenpolitik allein verantwortlich sind und Verantwortung für Schicksal und Konsequenz einer erfolgreichen Außenpolitik das Ministerkabinet auf der bisherigen grundsätzlichen Linie über.

Diese Erklärung war nicht nur innerpolitisch notwendig, um eine Klarstellung der Kompetenzen herbeizuführen, diese Erklärung hat auch einen außenpolitischen Grund und dieser Grund dürfte nicht zuletzt in einer Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen zu suchen sein. Unbestreitbar ist die Feststellung, die auch dem Auswärtigen Amt nicht verborgen geblieben ist, daß in der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Veränderung der Einstellung gegenüber Deutschland festzustellen ist. Diese Veränderung der Einstellung kommt auf den Genfer Tagung zur Geltung. Sie nützt niemandem, aber sie kann jedoch bei den Verhandlungen, die noch zwischen Deutschland und Frankreich zu führen sind. Es kann nur erhofft werden, daß bei einer etwaigen Genfer Unterredung zwischen Brüning und Curtius aufgetauchte Mißverständnisse beseitigt werden und eine Vertrauensatmosphäre geschaffen wird, an der beide Mächte das gleiche Interesse haben.

## Die B. V. D. lehnt ab.

Bayern bleibt ohne parlamentarische Regierung.

München, 4. September

Die Bayerische Volkspartei beschloß in einer Fraktions-sitzung ein Schreiben des Reichspräsidenten (Wohlmuth) an den Bundessprachpräsidenten Franz zu richten, worin es heißt, daß die sozialdemokratische Fraktion in der letzten Kenntnisgabe ihrer staatspolitischen Auffassungen kaum eine politische Unterredung mit der Parteien lehnen über, auch wenn gleichzeitig eine formelle Einladung der sozialdemokratischen Fraktion zur Koalitionsbildung an die Bayerische Volkspartei gelangt wäre, hätte deren Antwort, daß sie nicht in dem Sinne auf die Erklärung eingehen können, die namens der Fraktion der Bayerischen Volkspartei am 20. August in der Wollung des Bundestages gegeben wurde.

In dieser Erklärung war gesagt worden, daß die Bayerische Volkspartei nicht die Verantwortung für das traurige Schicksal, was durch das Verlangen der Bundessprachpräsidenten an den bayerischen Staat entstehen werde, und daß namentlich die Reichspartei nicht dem Vorwurfe ausgesetzt werden könne, daß sie die Verantwortung durch die Bildung der Regierung übernehmen könnten.

Durch die Antwort der Bayerischen Volkspartei wird also die Kombination, daß vielleicht eine Regierung bisheriger Oppositionsparteien zusammen mit der Bayerischen Volkspartei in Frage käme, gescheitert. Da aber eine Regierungsabteilung durch die Opposition, allein praktisch ausföhrlos ist, dürfte nun tatsächlich die Frage der Regierungsabteilung in Bayern zurückgestellt werden, bis das neue Wahlgesetz geschaffen und eine Neuwahl des Bundestages vorgenommen ist.

## Wie wirkt der Fünfjahresplan?

Alle Kräfte für seine Durchführung.

Moskau, 5. September

Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei richtet im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beginn des neuen Wirtschaftsjahres einen Aufruf an alle Partei- und Wirtschaftsorganisationen, in dem auf die Notwendigkeit einer Zusammenfassung aller Kräfte zur Durchführung des Fünfjahresplanes hingewiesen wird.

An dem Aufruf werden die Erfolge aufgeführt, die der Fünfjahresplan gegenüber der Vorkriegsproduktion bereits erbracht hat, sowie u. a. darauf verwiesen, daß allein der Zuwachs der Industrieerzeugung im dritten Jahre die gesamte Vorkriegsproduktion erreichen werde. Dennoch dürfe nicht übersehen werden, daß die Produktionssteigerung hinter den im Plan vorgesehenen Zahlen zurückbleibe. Der Plan fordere eine Steigerung von 32 v. H., während bisher nur 27 v. H. erreicht worden seien. Schließlich fordert der Aufruf eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen, um die Durchführung des Fünfjahresplanes der Wirtschaft zu gewährleisten, von der der sozialistische Aufbau abhängt.

## Für Einheitsstaat — gegen Versailles.

Eine Unterredung mit dem ehemaligen Kronprinzen.

Wien, 5. September

Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen, der in Wien eingetroffen ist.

Der Kronprinz sagte u. a.: „Ich bin an dreierlei Dingen interessiert: am Militär, an der Politik und an der Technik. Die Betätigung auf den ersten beiden Gebieten ist mir verschlossen, dennoch aber werde ich immer, wo ich auftauche, gerade über Politik besonders befragt.“

Der Kronprinz sprach sodann über die deutschen Wahlen und drückte die Hoffnung aus, daß ihr Ergebnis einen starken Zusammenhalt aller bürgerlichen und sozialistischen Parteien bringen werde, die dann gemeinsam in der Lage wären, die unbedingt notwendige Reform auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet durchzuführen. Der Kronprinz schiederte weiter die Weltwirtschaftskrise und ihre besondere Schärfe in Deutschland und Österreich.

Die Verfasser des Vortrages von Versailles hätten selbenerzeit wohl selbst nicht die nichtgütliche Auswertung der Friedensbedingungen übersehen können.

Die notwendige Reform müsse von innen beginnen. Notwendig sei eine Reform der Arbeitslosenfürsorge, die vielfach den Charakter einer Rente angenommen habe und es verurteilt habe, daß die Arbeiter nur durch verhältnismäßig hohe Löhne einen Anreiz bekommen könnten.

Die zweite Notwendigkeit sei die Neuorganisation der Verwaltungsstellen. Der ganze heutige Regierungs- und Verwaltungsapparat in Deutschland sei zu kostspielig. In diesen Umständen fühle sich der Kronprinz einzig mit weiten Kreisen des deutschen Volkes. Denn jedem Deutschen sei es gleich ihm darum zu tun, dem Land wieder jenen Platz an der Sonne zurückzuerobieren, die ihm auf Grund seiner hohen Geschichte gebühre.

## Kursänderung in Wien.

Der Fiskuswechsel bei den österreichischen Heimwehren.

Wien, 5. September.

Fürst Staroberg wurde zum Führer der österreichischen Heimwehren gewählt, eine Tatsache, die als Kuriosität der heimischen Politik zu gelten ist. Der Präsident der beiden bisherigen Führer, die Graf und Dr. Briener hat großes Aufsehen erregt. Die Wochenblätter berichten spaltenlang über die Vorgänge und ergeben sich ausführlich in Mutmaßungen über die künftige Taktik der Heimwehr unter Führung des erst Wolligen Fürsten Staroberg. Allerdings handelt es sich dabei um bloße Vermutungen: Die Tatsache, daß auch die beiden Mitglieder der engeren Bundesführung, Stabsleiter Mauser und Angewandter Oberleutnant ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben, läßt erkennen, daß die neue Führung bei gewissen Teilen der Bewegung auf Widerspruch stoßen wird.

Bei dem guten Verhältnis zwischen dem Fürsten Staroberg und Bundeskanzler Dr. Schober scheint man mit der Unterföhrung der Regierung bei den bevorstehenden Wahlen durch die Heimwehren. Tatsache ist aber, daß die Wahl des Fürsten Staroberg nicht einmütig erfolgte, sondern mit sechs gegen vier Stimmen. In der Ausdrucksweise vor der Wahl zeigte sich, daß die Ausweisung des Wahlrechts weite Kreise der Bewegung in eine Gegenpartei in Bundeskanzler Dr. Schober gebracht hat, die nur schwer überbrückt werden kann.

Gegen die Wahl des Fürsten Staroberg himmeln die Vertreter der Länder Vorarlberg, Tirol, Kärnten und Burgenland. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Führerwechsel bei den österreichischen Heimwehren auch in den politischen Parteien noch Folgen nach sich ziehen, da die christlich-sozialistische Partei die Ausföhrung ihres Parteimitgliedes Dr. Steidle nicht ruhig hinnehmen dürfte.

## Danzig und Senatspräsidenten.

Neue Erklärungen des Danziger Senatspräsidenten.

Danzig, 4. September.

Am Vortage gab der Präsident des Senats Dr. Sahm eine Erklärung ab, der er sich eingehend mit der inneren und außenpolitischen Lage des Freistaates auseinandersetzte. Danzig suche nicht den Weg zu den durch die bestehenden Verträge geschaffenen Schiedsinstanzen, es werde ihm auch nicht, wenn ihm dieser Schritt zur Wahrung der Rechte und Interessen der freien Stadt als unumgänglich notwendig erweise.

Sollte es nicht gelingen, eine Einigung zwischen Danzig und Polen herbeizuführen, so werde der Freistaat, wenn er keinen anderen Weg sehe, auch den Gang nach Genf nicht scheuen.

Dr. Sahm gedachte in diesem Zusammenhang der großen Verdienste Dr. Stresemanns um die Belange der freien Stadt Danzig und hob seinen warmherzigen Anteilnahme an dem Geschick Danzigs hervor. In den Beziehungen zu Polen verfolge die freie Stadt die Politik der Erfüllung der bestehenden Verträge. Dabei sei sie sich der wirtschaftlichen Bedeutung Polens für Danzig voll bewußt, aber eben deswegen müsse Danzig auch verlangen, daß Polen bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen der bestehenden Verträge ihrem Geiste gerecht werde, damit den Interessen der Danziger Wirtschaft Rechnung getragen werde.

Wenn Danzig neben den seitlichen Belastungen in nationaler Hinsicht auch materielle Kosten auf sich nehmen müsse, dann habe es einen moralischen Anspruch, daß Polen nicht nur immer an sein eigenes Wohl denke, sondern auch den künftigen Verpflichtungen des kleinen Nachbarstaates Rechnung trage.

Trotz aller schönen Versprechungen leitens Polens gebe es noch eine Menge ungelöster Fragen, so vor allem das L

blem Öbdingen. Dr. Sahm schloßerte dann eingehend die unheilvolle Auswirkung der politischen Hofenpolitik für Danzig, die schließlich dazu geführt habe, daß Öbdingen zurzeit den leistungswürdigen Warenverkehr Danzigs bis auf 1/2 des früheren Danziger Anteils am Warenverkehr der beiden Seehöfen herabgedrückt habe.

Danzig befürchte sich in einer ersten und angelehnt der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in einer von Tag zu Tag bedrohlicher werdenden Lage. Die Schädigungen des Danziger Wirtschaftslebens zeigten sich auch in einer Schädigung der Finanz- und Steuerwirtschaft der Stadt und der Gemeinden. So drohe die Entwicklung Öbdingen an die Grundbesitzer der freien Stadt zu führen.

Die Verhandlungen der Regierung Danzigs, eine Regelung dieser Angelegenheiten im Wege direkter Verhandlungen mit Polen herbeizuführen, hätten zu keinem Ergebnis geführt, und so habe sich Danzig genötigt gesehen, den betannten Antrag beim Völkerrund zu stellen.

## Vertragsrevision im Friedensinteresse.

Entschließung des Rates für praktisches Christentum.

Genève (Schweiz), 5. September.

Der stamienische Rat für praktisches Christentum hatte auf seiner Tagung in Genévre eine Ausdrucksweise über das Problem Krieg und Schiedsgerichtsbarkeit. Den Ausgangspunkt bildete eine Entschließung, die der Weltbund für internationale Freundlichkeit der Richten im Vorhinein in Polignan angenommen hat. Die Entschließung rief die Richten in aller Welt auf, in nicht missgünstiger Weise zu erklären, daß sie weder einen Krieg begünstigen noch in irgendeiner Weise ihre Weisheit zu einem Kriege geben wollen, bei dem ihr eigenes Land ein in guten Glauben gemachtes Anbieten zurückgewiesen hat, die Streitfrage durch Schiedspruch zu entscheiden.

Der stamienische Rat stellte sich in einem einmütigen Beschluß ausdrücklich hinter diesen Aufruf. Die Entschließung von Polignan preist u. a. die Unterzeichnung aus, daß die Zeit kommen muß, in der die bestehenden Verträge im Interesse des Friedens revidiert werden müssen.

## Reform des Völkerrundsekretariats.

Die italienische Auffassung.

Gené, 5. September

Unter den zahlreicheren auf der Völkerrundversammlung zur Verhandlung gelangenden Fragen wird jetzt erhöhte Bedeutung der Frage der Reform der politischen Leitung des Völkerrundsekretariats bezeugt, die auf einer großen Ausdrucksweise in der Völkerrundversammlung sowie im vierten Ausschusse führen wird. Die Denkschrift der italienischen Regierung zur Reform des Völkerrundsekretariats im Sinne einer Abgrenzung und Vertiefung sämtlicher Mächte an der politischen Leitung.

Die italienische Auffassung, die in wachsendem Maße auch von anderen Regierungen geteilt wird, wendet sich schroff gegen die bisherige, zehn Jahre unbedrängt geübte diskursmäßige Leitung des Völkerrundsekretariats durch England und Frankreich. Wie von unrichtiger Seite verstanden, wird die italienische Regierung energig gegen den Versuch ablehnen, die Frage der Reform des Völkerrundsekretariats dadurch zum Scheitern zu bringen, daß in einigen geringfügigen Fragen von englisch-französischer Seite, wie beispielsweise, Zugeständnisse gemacht werden.

Die italienische Regierung wird in der Völkerrundversammlung die Auffassung vertreten, daß anstelle der bisherigen uneingeschränkten politischen Leitung des Völkerrundsekretariats durch den Generalsekretär eine gemeinsame Leitung der Generalsekretäre als Vertreter der übrigen Mächte stattzufinden hat. Man vertritt vielfach die Auffassung, daß gerade die deutsche Regierung an dieser Frage in allererster Linie interessiert sei, da auch in den nächsten Jahren noch fortgesetzt deutsche Fragen im Rahmen des Völkerrundes zur Verhandlung gelangen und die Behandlung dieser Fragen durch das Völkerrundsekretariat im Sinne der deutschen Stellung als ständige Staatsmacht für die Zukunft gesichert werden muß.

## Die Sowjetregierung muß zahlen.

Lenin Goldschießes gewinnt Prozeß gegen Sowjetregierung.

London, 4. September.

Der große Prozeß, den die englische Gesellschaft Lenin Goldschießes gegen die Sowjetregierung angehängt hatte, der sie Verträge gegen den zwischen ihnen abgeschlossenen Konfessionsvertrag vorwarf, wurde zu Ende geführt. Die Gesellschaft machte geltend, daß die Verträge für eine normale Tätigkeit unumgänglich seien und ihre Bestimmungen um Befreiung neuer Kapitalisten verstoßen.

Das Gericht fällt folgendes Urteil: Die russische Regierung hat die Lenin Goldschießes verpflichtet, den Betrag auszuführen. Dieser ist jetzt erledigt. Die russische Regierung ist verpflichtet, der Gesellschaft 13 Millionen Pfund Sterling zu zahlen.

## Revolution auf Termin.

Die kessamen Vorgänge in Argentinien.

London, 4. September.

Seit Tagen medelt jedes neue Rabel aus Buenos Aires neue Verärgern der politischen Lage in Argentinien. Die Oppositionsparteien haben eine große öffentliche Kundgebung am 20. September einberufen, in der der Rück-





# Patriotismus.

Civis romanus sum! Ich bin ein römischer Bürger! Das war die Haberformel, mit der die staatsbewußten Angehörigen des alten römischen Weltreiches ihre Entscheidungen trafen, die Ansehen in der Welt vertraten, die sie als Überträger über alle ihre Taten schrieben.

Das Wort „Bürger“ hatte in diesem Zusammenhang nicht den staatsbürgerlichen, sondern die weltlichen, anderwärts nachbarliche in einem gewissen Parteistande gegenüber haben. Das wird am klarsten, wenn man daran denkt, daß die französische Sprache in der Ausdrucksweise der Revolutionszeit über zwei Worte für das „Bürgerliche“ verfügt: bourgeois und citoyen. Der Ausdruck bourgeois bezieht sich auf den bürgerlichen Stand, der weltliche im Gegensatz zum geistlichen und Aristokratischen, die Bürgerklasse in dem sogenannten Dreiklassenstaat. Die Anrede citoyen hingegen enthielt eine tiefere, umfassendere, man kann sogar weniger materielle, dafür aber, weil eben geistig, bedeutendere und wichtigere Sinngebung. Sie entsprach dem, was in dem römischen civis lag, dem, was wir heute mit dem Ausdruck „Staatsbürger“ bezeichnen.

Es ist ein deutlicher Beweis für die gesunde geistige Kraft, die solchen Formulierungen inneren Sinn einfließt, die sich aus der Tiefe des Volksbewußtseins heraus ergeben, daß die maßvollen Männer, die am Anfang der heutigen Neugestaltung in Preußen standen, die Anrede citoyen — Staatsbürger — gleichfalls mit dem Begriff des guten Patrioten. Der Staatsbürger war eben der Patriot, der Mann, der sein Vaterland liebt, der alles für es hingibt, bewußt seiner Verantwortung, aber auch bewußt seiner Rechte und Pflichten. Gleichzeitig erweilt sich aber aus dem Verlaufe der französischen Revolution mit grandiosem Tragik der verhängnisvolle Umzug, den von jeder stürmische Ultra-radikale und verantwortungslose Demagogie mit den Begriffen Patriot und Patriotismus getrieben haben. Aus der Tiefe aufgegriffene Besten des Vortages, brutale Blutgierigkeit wie Völkerverhetzung gerade diejenigen, die verurteilt, im Volk den Begriff des Staatsbürgertums zu wecken und zu festigen, auf die Guillotine schleppen lassen

mit der Begründung, diese Männer seien keine Patrioten. Durch sie wurde der Patriotismus als Erbgut der unentwegten Heiter in Anspruch genommen, durch sie wurde die hohe Ehre mit Vaterlandsliebe gleichgestellt.

Es ist dies eine Erziehung, die man in ähnlicher Form fast durch die ganze Geschichte der Menschheit verfolgen kann. Überall, wo unklare, dunkle Zwecke an die Massen herangebracht und ihnen mündgerecht gemacht werden sollen, werden sie mit einem töneuden Wort überdeckt. Ein genug heißt dieses Wort Patriotismus.

Diese Art von Patriotismus ist aber fast immer dadurch gekennzeichnet, daß sie sich nach außen hin im Hurraschreien, nach Innen hin mit der Verfolgung sehr enger und sehr persönlicher Ziele beschränkt. Sie ist nichts anderes, als Verdrängung sehr berechtigter und sehr schöner Lebensideen. Denn die wahre Vaterlandsliebe ist eine sehr ruhige, sehr bescheidene, sehr große Leidenschaft.

Wenn echten, innerlich begeisterten Staatsbürger allerdings steht der Patriotismus ein wenig anders aus. Seine Leidenschaft erstreckt sich über die Staatsform hinaus auch auf den Staatsinhalt. Jeder, der tatsächlich aus innerstem Gefühl am Aufbau der Heimat, des Vaterlandes, der Nation arbeitet, wird zunächst einmal gerade das bestellte stellen, was der falsche Patriot durch ebenso lautes wie inhaltleeres Geschrei sorgfältig zu vermeiden sucht: das ehrliche Bemühen um kleine und kleinliche Sonderinteressen in enger Gruppen- und Gruppen, mögen diese Interessen nun politischer oder wirtschaftlicher Natur sein. Er wird verstanden, wird zunächst einmal gerade das bestellte stellen, was der falsche Patriot durch ebenso lautes wie inhaltleeres Geschrei sorgfältig zu vermeiden sucht: das ehrliche Bemühen um kleine und kleinliche Sonderinteressen in enger Gruppen- und Gruppen, mögen diese Interessen nun politischer oder wirtschaftlicher Natur sein.

Er wird verstanden, wird zunächst einmal gerade das bestellte stellen, was der falsche Patriot durch ebenso lautes wie inhaltleeres Geschrei sorgfältig zu vermeiden sucht: das ehrliche Bemühen um kleine und kleinliche Sonderinteressen in enger Gruppen- und Gruppen, mögen diese Interessen nun politischer oder wirtschaftlicher Natur sein. Er wird verstanden, wird zunächst einmal gerade das bestellte stellen, was der falsche Patriot durch ebenso lautes wie inhaltleeres Geschrei sorgfältig zu vermeiden sucht: das ehrliche Bemühen um kleine und kleinliche Sonderinteressen in enger Gruppen- und Gruppen, mögen diese Interessen nun politischer oder wirtschaftlicher Natur sein.

Diese Sammlung aller derer, die durch ein gemeinsames, staatsbewußtes Verantwortungsgefühl getragen werden, wird dann leicht hinüberführen können über die Gemüden, die sich aus unklaren Gefühlen und doltränen Voreingenommenheiten ergeben. Sie wird hinleiten zu einer tätigen Teilnahme am Staate, am Leben der Gemeinschaft, an der res publica, der öffentlichen Sache.

Damit wird dann die wirtschaftliche nationale Bewegung als eine Bewegung der Nation für die Nation geschaffen sein, deren wirkliches, innerstes Gut der wahre Patriotismus ist, der Patriotismus des verantwortungsbewußten Staatsbürgers.

## Schwerer Transportunfall bei Basel

Brug (Murgau), 5. September.  
Von einer Transportkolonne, die sich auf dem Wege von Zürich nach Basel befand, geriet bei Effingen ein mit schwerem Zeltmaterial beladener Lastwagen mit Anhänger infolge Verlegens der Bremsen in der raschen Fahrt gegen die Mauer eines Gehöftes und durchschlug diese. Der Anhänger wurde durch den furchtbaren Anprall in der Luft wegjagt und zertrümmert. Der 32jährige, aus Luzern der Trier stammende Chauffeur Felz und sein Begleiter, ein 31 Jahre alter Hilfsarbeiter aus Zürich, wurden sofort getötet.

## Mielenüberschwemmung in Indien

Shillong (Distrikt Assam), 5. September.  
Der Brahmaputra ist in der Gegend von Nongong über die Ufer getreten. Über 100 000 Personen sind durch die Überschwemmung in Mitleidenschaft gezogen. Die Häuser stehen stellenweise vollkommen unter Wasser. Getreidevorräte und Vieh sind in den Wasserfluten fortgeschwemmt und Straßen und Eisenbahnschienen beschädigt.

## 20 Todesopfer des Wirbelsturms im Atlantik

Saoanna (Rubia), 5. September.  
Nach Meldungen aus Kingston (Jamaika) wurden auf der kleinen Insel Dominica fünfzig den Inseln Martinique und Guadeloupe durch den Wirbelsturm 20 Menschen getötet, die Radiostation zerstört und großer Schaden angerichtet.

## Berbot des Ausdrucks von Branntwein am Wahl-sonntag.

Der Preussische Minister des Innern hat durch Erlass vom 16. August d. J. auf Grund des § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 für den Bereich des Landes Preußen anlässlich der Wahlen zum Reichstage den Ausschank von Branntwein und den Kleinhandel mit Branntwein für Sonntag, den 14. September d. J. verboten. Das Verbot des Kleinhandels mit Branntwein trifft auch den Fall, daß dieser in verschlossenen oder versiegelten Flaschen abgegeben wird.

Zusammenfassungen gegen dieses Verbot werden gemäß § 29, Abs. 3 des Gaststättengesetzes mit Satz und mit Gebühre bis zum 15. IX. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Nebr., den 4. September 1930

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

## Erneuerung der Wandergewerbefischne.

Die Wandergewerbetreibenden, welche die Fortsetzung des Gewerbes im nächsten Jahre beschließen, sowie diejenigen Personen, welche ein Wandergewerbe im nächsten Jahre neu beginnen wollen, werden aufgefordert, ihre Anträge bis 1. Oktober d. J. in Polizeibüro anzubringen.

Bei Stellung der Anträge ist ein unaufgezeichnetes Lichtbild und der für das Jahr 1930 gültige Wandergewerbefisch vorzulegen.

Nebr., den 2. September 1930.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

## Holz-Verkauf

Im Gasthause zu Wippach gelangen am **Donnerstag, den 11. September 1930**, aus den Abteilungen 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10 u. 11 nachstehende **Stuz- und Brennholz** zum meistbietenden gegen Vorzahlung zum Verkauf.

| 18 Stüd Fichten-Stangen | IV. Klasse |
|-------------------------|------------|
| 238 "                   | V.         |
| 220 "                   | VI.        |
| 420 "                   | VII.       |

Die Stangen liegen in Abt. 6 und 10

249 rm Buchen- und Eichen-Kleig I. Klasse

122 " „ Fichten-Klüppel " II.

Zusammenkunft 11 Uhr vormittags.

Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Wippach, den 29. August 1930.

von Helledorff'sche Forstverwaltung.

## Schützengilde Nebra

In unserem am 7. und 8. September ds. J. stattfindenden

## Schießen-Schießen

haben wir Freunde und Gönner herzlich ein. Das Direktorium.

Sonnabend, den 6. September 1930:

8 1/2 Uhr abends: Jagdschieß.

Sonntag, den 7. September 1930:

6 Uhr morgens: Waden. 1 Uhr mittags: Aufzug der Wäde. 2 Uhr mittags: Umzug anlässlich Koncert und Schießen. 8 Uhr abends: Ball.

Montag, den 8. September 1930:

8 Uhr morgens: Aufzug der Wäde. Beginn des Schießens. 4 Uhr nachm.: Proklamation des Schießens. 8 Uhr nachm.: Einzug. 8 1/2 Uhr abends: Königsgall.

Kleinkaliberschützen

## Zu verpachten:

**1 Morgen Feld** (nahe der Stadt gelegen). Näheres zu erfragen bei **Karl Pfeffer**, Hohenal 8.

## Haarausfall

beseitigt sofort und endgültig

## Papillantin

ein ernsthaftes wissenschaftlich ausprobt. Mittel

**Volkur RM 5.50** Zu haben in der

Adler-**Walter Gutsmuths, Nebra**

## Spielkarten

empfehlen

Buchhdlg. **W. Scharf.**

## Achtung! Wichtig für jedermann Achtung!

Hast Du Interesse an Deiner Gesundheit, hole Dir Ansführung, der Siegeszug der **Hochfrequenz**

## Öffentl. Experimental-Vortrag

Thema: **Moderne Gesundheitspflege (Zelleis-Hallpach)**

**Dienstag, 9. September, abds. 8 Uhr** **Gall 2. Sorge**

Ungekürzte Aufnahmen haben in der Welt die bahnbrechenden Erfolge des Herrn Zelleis in Gallpach erregt. Schwere Kranke aller Gattungen, bei denen jegliche Mittel verfrucht hatten, wurden oft in wenigen Wochen durch Elektricität, die große Nervenkraft, geheilt. Täglich fahren Hunderte von Menschen nach Gallpach, um dort geheilt zu werden. **Kranke, Ihr braucht nicht mehr krank zu sein!** Wiolettblitzstrahlung ist die einfachste und sicherste Heilmethode, die je angewandt wurde. Jeder kultivierte Mensch befreit den Vortrag

**Kostenlose Krankheitsbefragung und Beratung** Krebs, Lungen, Leber- und Gallenleiden, Nerven, Herz, Zucker, Nervenkrankheiten usw.

Beranfalter: **Elektrohygienisches Institut, Erfurt, Dahlbergsweg 6** Eintritt frei! Unter 18 Jahren kein Zutritt. Eintritt frei!

## Öffentl. Versammlung

**Sonntag, den 7. September, Abends 8 1/2 Uhr** im „Weißen Roß“

spricht:

**Herr Landtagsabgeordn. Dr. Neumann-Berlin**

über:

## „Reichstagswahlen“

**Deutsche Volkspartei**

**Liste 5** **Liste 5**

# Miele

die erfolgreichste Zentrifuge eine bessere gibt es nicht!

Ehe Sie eine Milchzentrifuge kaufen, lassen Sie sich beim nächsten Händler die neuesten Modelle zeigen und die günstigsten Preise nennen. Sie können wohl mehr Geld für eine Zentrifuge ausgeben, aber nie eine bessere kaufen.

## Mielewerke A.G.

Größte Zentrifugen-Fabrik Deutschlands  
**Gütersloh/Westfalen**  
Über 2000 Beamte und Arbeiter.  
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

## Drucksachen

liefert **aller Art** für alle Geschäftszwecke **für jeden Privatbedarf** und preiswert **in besten Ausführungen** die

**Buchdruckerei Wilh. Sauer**

# Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Hofleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Volkshochschule: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westfalen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bauverein Artorn.

№ 106

Sonnabend, den 6. September 1930

43. Jahrgang

## Die Sitzung des Reichskabinetts.

Einmütige Zustimmung zu Brüning's Rede.

Berlin, 4. September

Ämtlich wird mitgeteilt: Ämtlich der bevorstehenden Abreise der deutschen Delegation zur Genfer Völkerbundstagung fand unter Vorsitz des Reichsstaatskanzlers Dr. Brüning eine Aussprache über die auf der Genfer Tagung zur Erörterung kommenden Fragen sowie die damit zusammenhängenden außenpolitischen Probleme statt. Die eingehende Aussprache im Ministerrat führte zu einer völligen Übereinstimmung mit dem Vortrage des Reichsstaatsministers des Auswärtigen Dr. Curtius.

Der Reichsstaatsminister beschloß die einmütige Zustimmung des Reichskabinetts zu den Ausführungen seiner Triester Rede fest, wonach Kaiser und Außenminister verantwortlich sind und Verantwortung für Stabilität und Konsequenz einer erfolgreichen Außenpolitik das Ministerkabinet auf der bisherigen grundsätzlichen Linie bildet.

Diese Erklärung war nicht nur innerpolitisch notwendig, um eine Klarstellung der Kompetenzen herbeizuführen, diese Erklärung hat auch einen außenpolitischen Grund und dieser Grund dürfte nicht zuletzt in einer Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen zu suchen sein. Unbestreitbar ist die Feststellung, die auch dem Auswärtigen Amt nicht verborgen geblieben ist, daß in der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Veränderung der Einstellung gegenüber Deutschland festzustellen ist. Diese Veränderung der Einstellung ist nicht nur auf den durch Brüning zurückgeführten, sondern auch auf die Beziehungen zu suchen ist. Unbestreitbar ist die Feststellung, die auch dem Auswärtigen Amt nicht verborgen geblieben ist, daß in der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Veränderung der Einstellung gegenüber Deutschland festzustellen ist. Diese Veränderung der Einstellung ist nicht nur auf den durch Brüning zurückgeführten, sondern auch auf die Beziehungen zu suchen ist.

## Die B. B. P. lehnt ab.

Bayern bleibt ohne parlamentarische Regierung.

München, 4. September

Die Bayerische Volkspartei beschloß in einer Fraktions-sitzung ein Schreiben des Fraktionsvorsitzenden Wohlmuth an den Landtagspräsidenten Stang zu richten, worin es heißt, daß die sozialdemokratische Fraktion in der bisherigen Kenntnisgabe ihrer staatspolitischen Auffassungen kaum eine politische Anregung an die Parteien haben dürfte. Aber auch, wenn gleichzeitig eine formelle Einladung der sozialdemokratischen Fraktion zur Koalitionsbildung an die Bayerische Volkspartei gelangt wäre, hätte deren Antwort doch lediglich in dem Hinweis auf die Erklärung bestehen können, die namens der Fraktion der Bayerischen Volkspartei am 20. August in der Vollstimmung des Landtages gegeben wurde.

In dieser Erklärung war gesagt worden, daß die Bayerische Volkspartei nicht die Verantwortung für das trüben können, was durch das Verlangen der Landtagsmehrheit für den bayerischen Staat entstehen werde, und daß namentlich die Reichsregierung keine Schritte zu tun hätte, die die Verantwortung durch die Bildung der Regierung übernehmen könnten.

Durch die Antwort der Bayerischen Volkspartei wird also die Kombination, daß vielleicht eine Regierung bisheriger Oppositionsparteien zusammen mit der Bayerischen Volkspartei in Frage käme, gegenstandslos. Da aber eine Regierungsbildung durch die Opposition, allein praktisch ausgeschlossen ist, dürfte nun tatsächlich die Frage der Regierungsbildung in Bayern zurückgestellt werden, bis das neue Wahlgesetz geschaffen und eine Neuwahl des Landtages vorgenommen ist.

## Wie wirkt der Fünfjahresplan?

Alle Kräfte für seine Durchführung.

Moskau, 5. September

Der Zentralausschuß der kommunistischen Partei richtet im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beginn des neuen Wirtschaftsjahres einen Aufruf an alle Partei- und Wirtschaftsorganisationen, in dem auf die Notwendigkeit einer Zusammenfassung aller Kräfte zur Durchführung des Fünfjahresplans hingewiesen wird.

In dem Aufruf werden die Erfolge aufgezeigt, die der Fünfjahresplan gegenüber der Produktionsproduktion bereits erreicht habe, sowie u. a. darauf verwiesen, daß allein der Zuwachs der Industrienerzeugung im dritten Jahre die gesamte Produktionsproduktion erreichen werde. Dennoch dürfte nicht übersehen werden, daß die Produktionsleistung hinter den im Plan vorgesehenen Zahlen zurückbliebe. Der Plan fordere eine Steigerung von 32 v. H., während bisher nur 27 v. H. erreicht worden seien. Schließlich fordert der Aufruf eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen, um die Durchführung des Fünfjahresplans der Wirtschaft zu gewährleisten, von der der sozialistische Aufbau abhängt.

## Für Einheitsstaat — gegen Versailles.

Eine Unterredung mit dem ehemaligen Kronprinzen

Wien, 5. September

Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen, der in Wien eingetroffen ist.

Der Kronprinz sagte u. a.: „Ich bin an drei-eitigen Dingen interessiert: am Militär, an der Politik und an der Technik. Die Betätigung auf den ersten beiden Gebieten ist mir verschlossen, dennoch aber werde ich immer, wo ich auftauche, gerade über Politik besonders befragt.“

Der Kronprinz sprach ferner über die deutschen Wahlen und brachte die Hoffnung aus, daß ihr Ergebnis einen starken Zusammenhalt aller bürgerlichen und laizistischen Parteien bringen werde, die dann gemeinsam in der Lage wären, die unbedingt notwendige Reform auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet durchzuführen. Der Kronprinz schiederte weiter die Weltwirtschaftskrise und ihre besondere Schärfe in Deutschland und Österreich.

Der Verfasser des Vertrages von Versailles hätten leinzig wohl selten nicht die richtige Idee der Auswirkung der Friedensbedingungen übersehen können.

Die notwendige Reform müsse von unten beginnen. Notwendig sei eine Reform der Arbeitslosenfürsorge, die vielfach den Charakter einer Rente angenommen habe und es verurteilt habe, daß die Arbeiter nur durch verhältnismäßig hohe Löhne einen Anreiz bekommen könnten.

Die soziale Notwendigkeit sei die Erhaltung der Verwaltungsstellen. Der ganze heutige Regierungs- und Verwaltungsapparat in Deutschland sei zu kostspielig. In diesen Anstalten fühle sich der Kronprinz einzig mit vollem Recht den deutschen Völkern. Denn jedem Deutschen sei es gleich ihm darum zu tun, dem Lande wieder jenen Platz an der Sonne zurückzuerobieren, die ihm auf Grund seiner hohen Geschichte gebühre.

## Kursänderung in Wien.

Der Führerwechsel bei den österreichischen Heimwehren.

Wien, 5. September

Fürst Starhemberg wurde zum Führer der österreichischen Heimwehren gewählt, eine Aufgabe, die als Aus-schöpfung der Heimwehrpolitik zu gelten ist. Der Rücktritt der beiden bisherigen Führer, Grafen Dr. Schöner und Dr. Winter hat großes Aufsehen erregt. Die Wienblätter berichten spaltenlang über die Vorgänge und ergehen sich ausführlich in Mutmaßungen über die künftige Taktik der Heimwehr unter Führung des erst 36jährigen Fürsten Starhemberg.

Während es handelt es sich dabei um hohe Vermutungen. Die Aufgabe, daß auch die beiden Mitglieder der engeren Bundesführung, Stabsleiter Stauter und Ingenieur Oberegger ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben, läßt erkennen, daß die neue Führung bei gewissen Teilen der Bewegung auf Widerspruch rechnen wird.

Bei dem guten Verhältnis zwischen dem Fürsten Starhemberg und Bundeskanzler Dr. Schöner rechnet man mit der Unterstützung der Regierung bei den bevorstehenden Wahlen durch die Heimwehren. Tatsache ist aber, daß die Wahl des Fürsten Starhemberg nicht einmütig erfolgte, sondern mit sehr gegen ihn Stimmen. In der Aussprache vor der Wahl zeigte sich, daß die Zustimmung des Majors Bach mit einer Art von Besorgnis in eine Gegenwehr von Bundeskanzler Dr. Schöner gebracht hat, die nur schwer überbrückt werden kann.

Gegen die Wahl des Fürsten Starhemberg stimmten die Vertreter der Länder Vorarlberg, Tirol, Kärnten und Burgenland. Alle Wählergruppen sind nach der Führerwahl bei den österreichischen Heimwehren auch in den politischen Parteien noch festgehalten, da die christlich-sozialistische Partei die Ausschaltung ihres Parteimitgliedes Dr. Seidle nicht ruhig hinnehmen dürfte.

## Danzig und Polen.

Neue Erklärungen des Danziger Senatspräsidenten.

Danzig, 4. September

Am Volkstag gab der Präsident des Senats Dr. Sabin eine Erklärung ab, in der er sich eingehend mit der inneren und außenpolitischen Lage des Freistaates auseinandersetzte. Danzig suche nicht den Weg zu den durch die bestehenden Verträge geschaffenen Schiedsinstanzen, aber es weide ihn auch nicht, wenn ihm dieser Schritt zur Wahrung der Rechte und Interessen der freien Stadt als unumgänglich notwendig erweise.

Sollte es nicht gelingen, eine Einigung zwischen Danzig und Polen herbeizuführen, so werde der Freistaat, wenn er keinen anderen Weg sehe, auch den Gang nach Genf nicht scheuen.

Dr. Sabin gedachte in diesem Zusammenhang der großen Verdienste Dr. Stresemanns um die Belange der freien Stadt Danzig und hob dessen warmherzige Anteilnahme an dem Geschick Danzigs hervor. In den Beziehungen zu Polen verfolge die freie Stadt die Politik der Erfüllung der bestehenden Verträge. Dabei sei sie sich der wirtschaftlichen Bedeutung Polens für Danzig voll bewußt, aber eben deswegen müsse Danzig auch verlangen, daß Polen bei der Befüllung und Ausübung der bestehenden Verträge ihrem Gehör gerecht werde, damit den Interessen der Danziger Wirtschaft Rechnung getragen werde.

Wenn Danzig neben den weltlichen Belastungen in nationaler Hinsicht auch materielle Lasten auf sich nehmen müsse, dann habe es einen moralischen Anspruch, daß Polen nicht nur immerhin ein eigenes Wohl denke, sondern auch den schwereren Beschülften des kleinen Reichslandes Rechnung trage.

Trotz aller schönen Versprechungen leitens Polens gehe es noch eine Menge ungelöster Fragen, so vor allem das E-o

blem Ödigen. Dr. Sabin schloßerte dann eingehend die unheilvolle Auswirkung der politischen Hofenpolitik für Danzig, die schließlich dazu geführt habe, daß Ödigen zurzeit den leemärzigen Warenverkehr Danzigs bis auf 1/2 des früheren Danziger Anteils am Warenverkehr der beiden Ge-hehen herabgedrückt habe.

Danzig befinde sich in einer ersten und angelehnt der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in einer von Tag zu Tag bedrohlicher werdenden Lage. Die Schädigungen des Danziger Wirtschaftslebens zeigten sich auch in einer Schädigung der Finanz- und Steuerwirtschaft der Stadt und der Gemeinden. So drohe die Entwicklung Ödigen als die Grundfesten der freien Stadt zu zittern.

Die Verhandlungen der Regierung Danzigs, eine Regelung dieser Angelegenheiten im Wege direkter Verhandlungen mit Polen herbeizuführen, hätten zu keinem Ergebnis geführt, und so habe sich Danzig genötigt gesehen, den be-tannten Antrag beim Völkerbund zu stellen.

## Vertragsrevision im Friedensinteresse.

Entschloßung des Rates für praktische Christen.

Gebürges (Schweiz), 5. September

Der stummen Rat für praktische Christen hat auf seiner Tagung in Gebürges eine Aussprache über das Problem Krieg und Schiedsgerichtsbarkeit. Den Ausgangspunkt bildete eine Entschließung, die der Weltbund für internationale Freundschafarbeit der Kirchen im Vorjahre in Votum angenommen hat. Die Entschließung rief die Kirchen in aller Welt auf, in nicht mißzuverstehender Weise zu erklären, daß sie weder einen Krieg begünstigen noch in irgendeiner Weise ihre Bestände zu einem Kriege geben wollen. Bei dem ihr eigenes Land ein im guten Glauben gemachtes Anerbieten zurückgewiesen hat, die Streitfrage durch Schiedspruch zu entscheiden.

Der stummen Rat stellte sich in einem einstimmigen Beschluß grundsätzlich hinter diesen Antrag. Die Entschloßung von Votum spricht u. a. die Überzeugung aus, daß die Zeit kommen wird, in der die bestehenden Verträge im Interesse des Friedens revidiert werden müssen.

## Reform des Völkerbundssekretariats.

Die italienische Auffassung.

Genf, 5. September

Unter den zahlreichen auf der Völkerbundversammlung zur Verhandlung gelangenden Fragen wird jetzt erhöhte Beirung der Frage der Reform der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats begehrt, die zu einer großen Aussprache in der Völkerbundversammlung sowie im vierten Ausschuss führen wird. Die Denkschrift der italienischen Regierung zur Reform des Völkerbundssekretariats im Sinne einer Wählung und Beteiligung sämtlicher Mächte an der politischen Leitung.

Die italienische Auffassung, die in wachsendem Maße auch von anderen Regierungen geteilt wird, mündet sich hoffentlich gegen die bisherige, zehn Jahre unbedrängt gebliebene diktatorische Leitung des Völkerbundssekretariats durch England und Frankreich. Wie von unterirdischer Seite ver-lautet, wird die italienische Regierung ernstlich jeden Versuch ablehnen, die Frage der Reform des Völkerbundssekretariats dadurch zum Scheitern zu bringen, daß in einigen ihrer Schritte, wie

der Völkerbundsver-anstaltete der bisung des Völker-bund eine gemein-reitretter der über-tritt vielfach die-erung an dieser

da auch in den-Fragen im An-gehöngen und die-rundbundssekretariat ge-Ratsmacht für

## Die Zahlen.

Sowjetregierung.

4. September

Gesellschaft 2ena-erierung an-zwischen ihnen-wurde zu Ende-ß viele Berühmte-ten und ihre Be-nereitigten.

Die russische Regie-erung Vertrag aus-führe Stellung in Pfund Sterling

## Revolution auf Termin.

Die kaisamen Vorgänge in Argentinien.

London, 4. September

Seit Tagen merkt jedes neue Rabel aus Buenos Aires neue Erschütterung der politischen Lage in Argentinien. Die Oppositionsparteien haben eine große öffentliche Kundgebung am 20. September einberufen, in der der Rüd-

